

Wozu Bundeswehr?



Mit dem **elektronischen Newsletter** der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ informieren wir in unregelmäßigen Abständen über Aktionen und Materialien. Bitte bestellen Sie diesen und die nachfolgend aufgeführten Falblätter über das Formular auf der Website www.schritte-zur-abrustung.de. Gerne schicken wir Ihnen weitere Informationen zu, bitten Sie aber um einen Beitrag zu den damit verbundenen Druck-, Porto- und Versandkosten.



Auslandseinsätze beenden!

Ich bestelle das **Info-Paket** mit allen Falblättern der Kampagne gegen eine Spende. (Bitte legen Sie jeder Bestellung mindestens 1,44 € in Briefmarken für unsere Portokosten bei.)

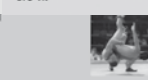


Ich möchte ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- € für Druck-, Porto- und Versandkosten an die DFG-VK, Kto-Nr. 8104600, BfS Köln, BLZ 370 205 00.



Ich bestelle folgende **Themenfalblätter**:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €



Konflikte zivil bearbeiten!

zuzüglich 3,- € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegsur-sachen** mitzuwirken.“

Dieses Falblatt wird herausgegeben von der **Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)**, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main in Zusammenarbeit mit dem **Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk** der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München und der **Bertha-von-Suttner-Stiftung** der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund sowie des **Jugendclubs Courage**. Das Falblatt entstand mit Unterstützung des **Kirchlichen Entwicklungsdienstes** der Evangelischen Landeskirche Bayern.

Text: Thomas Rödl (V.i.S.d.P.), c/o DFG-VK Bayern

Redaktion und Layout: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung friedenswissenschaftlicher Projekte auf das Konto der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Konto-Nummer 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Millionen G3-Schnellfeuer-gewehre der Firma Heckler und Koch. Sie wurden an 88 Staaten geliefert und in nahezu jedem Krieg eingesetzt - häufig von allen Konfliktparteien.

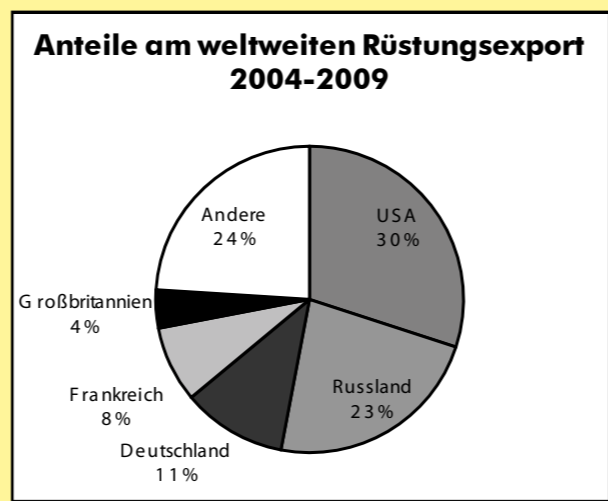


Mehr als 80 % der Kleinwaffen werden von den USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich produziert. Die Entwicklungsländer der Dritten Welt sind die Hauptabnehmer. Vor allem die afrikanischen Staaten sind strukturell nicht in der Lage, den illegalen Handel mit Waffen zu kontrollieren oder zu verhindern.

Ca. 90 % der Toten und Verletzten in den Kriegen der Gegenwart sind Opfer von Kleinwaffen.

Macht, ...

Die europäische Rüstungsindustrie will in allen wichtigen Bereichen gegenüber den USA selbstständig bleiben. Die deutsche Rüstungsindustrie will an der Produktion aller wichtigen Waffensysteme im eigenen Land beteiligt sein. Gleichzeitig wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee umgerüstet. Dafür müssen Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Transporter, Kriegsschiffe, U-Boote, Satelliten usw. im Wert von weit über 100 Milliarden Euro beschafft werden.



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute

... Profit ...

Der Export von Waffensystemen, die zum Teil auf Staatskosten entwickelt wurden, verringert die Stückkosten und verschafft den Herstellern einen zusätzlichen Profit. Darüberhinaus entwickeln deutsche Rüstungsfirmen gezielt Waffen für die Kriegsmärkte auch in der Dritten Welt, z.B. leichte und universell einsetzbare Panzerfahrzeuge und Handfeuerwaffen wie das neue Gewehr G36. Heute liegt die europäische Rüstungsindustrie in Konkurrenz mit der US-amerikanischen. Russland ist aus dem Rennen. Auf dem internationalen Waffenmarkt wird die bessere Ware auch besser verkauft.

... und Moral?

Eine verantwortungsvolle Außenpolitik darf nicht zur kriegerischen Austragung von Konflikten beitragen. Tatsächlich aber wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee gemacht, damit „wir“ unsere Interessen auch militärisch vertreten können! Die Interessen der Rüstungsindustrie haben Vorrang vor der Moral und selbst vor unseren eigenen Sicherheitsinteressen: Deutsche Firmen tragen bei zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnik. Diese Waffensysteme können uns in Zukunft bedrohen. U-Boote und Kriegsschiffe aus deutscher Produktion können die Freiheit der Seewege und damit Exporte und Rohstofflieferungen gefährden.

Der Ausstieg ist möglich

Der Wert der Rüstungsexporte ist gering im Vergleich zum gesamten Warenexport aus Deutschland. Das gilt auch dann, wenn nicht jeder Export von Waffensystemen und Komponenten erfasst wird und wenn viele letztlich militärisch genutzte Güter als zivil deklariert werden (z.B. 2005 gesamte Exporte: 786 Mrd. €; Rüstungsexporte: 1,6 Mrd. €; genehmigte Dual-Use-Exporte: 4,8 Mrd. €). Allerdings sind einzelne Sektoren der Industrie von Rüstungsaufträgen in höherem Maße abhängig, so z.B. die Wertindustrie in der norddeutschen Küstenregion und die Luft- und Raumfahrtindustrie, vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen.

Nach den „Politischen Grundsätzen für den Rüstungsexport“ richtet sich der Export von Rüstungsgütern am

Sicherheitsbedürfnis und am außenpolitischen Interesse der BRD aus. Exporte würden nur dann nicht genehmigt, wenn der Verdacht bestehe, dass die Waffen zur „inneren Unterdrückung oder zur systematischen und fort-dauernden Verletzung der Menschenrechte“ gebraucht würden. Der Verbleib von Waffenlieferungen in einem Empfängerland müsse garantiert werden. Ein Rüstungsexportbericht muss jährlich vorgelegt werden.

Tatsächlich werden weiterhin in großem Umfang Rüstungsexporte genehmigt. Ein Vorrang für Entwicklung und Menschenrechte ist nicht erkennbar! Der Bezug auf die Menschenrechte ist zwar wichtig, aber nicht ausreichend. Auch Staaten, die nach innen die Menschenrechte beachten, sollen keine Kriege führen. Der Stopp aller Rüstungsexporte ist ein konkreter, notwendiger und möglicher Schritt zur Abrüstung.

Einzelne Initiativen haben in der Vergangenheit Rüstungsexporte politisch bekämpft und einzelne Projekte angeprangert - mit wenig Erfolg. Rüstungsexporte zu stoppen ist nur möglich im Rahmen eines grundsätzlichen Politikwechsels, wie ihn die DFG-VK mit der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ erreichen will.

Wir fordern von der Bundesregierung: keine weiteren Rüstungsexporte zu genehmigen, keine Kredite, Bürgschaften oder Subventionen für den Export von Rüstungsgütern zu bewilligen, nicht mehr benötigte Waffen der Bundeswehr nicht zu verkaufen, sondern zu verschrotten! Wir fordern vom Deutschen Bundestag alle Rüstungsexporte zu verbieten!

Dieses Verbot auch durchzusetzen erfordert die Überwachung aller Betriebe und Einrichtungen, die militärische Forschung und Entwicklung betreiben, die Waffensysteme und Komponenten für Waffen herstellen, die über Know-how für Massenvernichtungswaffen verfügen. Darüber hinaus muss der internationale Handel mit Waffen geächtet und unterbunden werden.

Mehr Informationen:
Ohne Rüstung Leben, orl@gaia.de;
RüstungsInformationsBüro, Tel. 0761 7678088,
rib@rib-ev.de, www.rib-ev.de; www.aktion-aufschrei.de;
www.bmwi.de (Rüstungsexportbericht); www.sipri.org;
www.gkke.org (alternativer Rüstungsexportbericht)



Rüstungsexporte stoppen!



www.DFG-VK.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Geschäft mit dem Tod

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden über 200 Kriege geführt. Mehr als 33 Mio. Menschen wurden getötet. Über 90 % der Kriege fanden in Asien, Afrika und Lateinamerika statt - in Staaten, die technisch nicht in der Lage sind, Waffensysteme selbst herzustellen. Die Lieferung von Waffen ist ein beliebtes Mittel, um Regierungen zu stützen und Einflussphären zu halten.

Deutschland liefert fast alles: Handfeuerwaffen, Hubschrauber, Flugzeuge, Flugkörper, Panzerfahrzeuge, Kriegsschiffe und U-Boote, aber auch komplette Anlagen zur Produktion von Munition für Gewehre und Kanonen. Deutschland exportiert daneben viele Güter, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können: Geländegängige Fahrzeuge (z.B. Unimogs), Lastkraftwagen, Kommunikationstechnik (z.B. Funkgeräte), Computer, Anlagen und Komponenten für die Produktion chemischer Kampfstoffe, Dieselmotoren für Schiffe, Raketentechnik, Atomtechnik (z.B. Komponenten für Anlagen zur Anreicherung von Uran) und Polizeiausrüstungen. Diese sogenannten „Dual-Use-Güter“ werden zum Teil in einer offiziellen Liste erfasst, zum Teil nicht.

Rechtliche Schranken...

Art. 26 Abs. 2 Grundgesetz lautet: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Im Kriegswaffenkontrollgesetz heißt

es, der Export von Kriegswaffen werde nicht genehmigt, es sei denn, dass Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprächen. Doch die Ausnahme wurde zur Regel und die BRD stieg (zeitweise) bis auf Rang zwei der größten Waffenlieferanten, zuletzt lag sie auf Platz drei.

...und Schlupflöcher

Kriegswaffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung exportiert werden. Um diese Hürde zu umgehen, werden Rüstungsgüter auch mal als zivile Güter getarnt. Teile von Waffen werden legal in andere Staaten exportiert und dort in Waffensysteme eingebaut. Deutsche Firmen produzieren Waffensysteme in Kooperation mit Firmen in einem anderen Land, von welchem sie exportiert werden. Rüstungsexport geschieht auch durch die Weitergabe von Know-how, durch die Vergabe von Lizenzen für die Waffenproduktion, durch den Verkauf von Produktionsunterlagen, aber auch durch wissenschaftliche Zusammenarbeit z.B. im Bereich Atom- und Raumfahrttechnik.

Elend als Folge der Waffenlieferungen

Militär und Krieg lösen keine Probleme. Die Ausgaben für Rüstung und Militär binden die Mittel, die für die Bekämpfung von Krankheiten, für den Ausbau der Infrastruktur, für Bildungseinrichtungen und andere öffentliche Aufgaben erforderlich wären.

Rüstungsausgaben hemmen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Indonesien, Brasilien, die Türkei und andere ärmere Länder erhalten immer wieder deutsche Waffen. Südafrika will für 1,8 Milliarden Euro drei U-Boote und vier Korvetten in Deutschland kaufen. Diese finanziellen Mittel werden viel dringender für soziale und wirtschaftliche Aufgaben benötigt. Gleichzeitig erhält Südafrika Entwicklungshilfe aus Deutschland.

So werden in vielen Ländern erst die knappen Mittel für Rüstung verschwendet. Im Krieg oder Bürgerkrieg wird dann die Infrastruktur zerstört, Menschen werden getötet oder verstümmelt und immer wieder wird Hass erzeugt.



Mehr als 20 Millionen Kriegsflüchtlinge vegetieren weltweit in Lagern. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg tragen zu Armut und Verelendung der Bevölkerungen in vielen afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern bei.

Militarisierung - Beispiel Türkei

Die Türkei ist ein Beispiel, wie Rüstungslieferungen dazu beitragen, Konflikte anzuhetzen. Die Türkei ist wichtigstes Empfängerland von Waffen aus den USA und aus Deutschland. Sie wird als strategisch wichtiges Verbindungsglied zu den Ölvorkommen in Mittelasien betrachtet.

Wasser

Staudämme und Wasserkraftwerke am Oberlauf von Euphrat und Tigris sollen zur Stromproduktion und zur Bewässerung weiter Gebiete beitragen. Die Nachbarländer Syrien und Irak sind auf das Wasser der beiden Flüsse angewiesen. Die Türkei will auf der Grundlage militärischer Stärke mit den Nachbarn über Wasserrechte verhandeln.

Zypern

1974 putschten griechische Zyprioten für den Anschluss des unabhängigen Inselstaates an Griechenland. Daraufhin besetzte das türkische Militär den Nordteil Zyperns.

Ägäis

Der Grenzverlauf und die Hoheitsrechte in der Ägäis sind zwischen Griechenland und der Türkei umstritten.



ten. Beide Länder rüsten gegeneinander. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Hunderttausende Griechen und Türken von der jeweiligen Gegenseite vertrieben oder getötet. Deutschland liefert Waffen auch nach Griechenland.

Kurdistan

Von 1984 bis 1998 tobte im mehrheitlich von Kurden bewohnten „Südosten“ ein Bürgerkrieg zwischen türkischen „Sicherheitskräften“ und der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Drei Millionen KurdInnen wurden aus ihrer Heimat vertrieben und 3000 Dörfer zerstört. Das türkische Militär setzte überwiegend von Deutschland gelieferte Panzer und Kampfflugzeuge oder in Lizenz gefertigte G3-Gewehre ein. Mehr als 5500 Militärs, rund 24.000 PKK-Kämpfer sowie 5300 Zivilisten wurden getötet.

Der Bürgerkrieg ist zu Ende, aber die Missachtung der Menschenrechte in der Türkei geht weiter. Folterung und politische Verfolgung sind an der Tagesordnung. Aktuell bringt die Türkei ihre Militärmacht in Stellung, um einen eigenständigen kurdischen Staat im Norden des Irak zu verhindern. Ein langandauernder Krieg droht.



Militarisierung - Beispiel Kleinwaffen

Kleinwaffen, wie Maschinenpistolen, Gewehre, Minen, Handgranaten, sind billig. Der Geldwert der Lieferungen schlägt in der Bilanz der Rüstungsexporte nicht sonderlich zu Buche. Aber die Wirkungen sind verheerend - sie tragen in hohem Maße zur Verschärfung der vielen regionalen Konflikte und Kriege bei. Millionen von Kleinwaffen wurden nach dem Ende des Kalten Krieges teils verschenkt, teils verschleudert. Nach Schätzungen von Experten existieren weltweit 500 Millionen Kleinwaffen bei Militär und Behörden, in Privathaushalten und bei Bürgerkriegsparteien. Darunter befinden sich 35-50 Millionen Kalaschnikow-Sturmgewehre und 7-10

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen zur Kampagne:
www.schritte-zur-abruestung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

70188 Stuttgart

Ich möchte **kostenlos Infos erhalten** über...

die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK